

2. AKTUALISIERTE AUFLAGE

pro menschenrechte. contra vorurteile.

**FAKTEN UND ARGUMENTE ZUR
DEBATTE ÜBER FLÜCHTLINGE IN
DEUTSCHLAND UND EUROPA.**



AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR



PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.

2. aktualisierte Auflage

Veröffentlicht im September 2015

Eine laufend ergänzte und aktualisierte Webversion dieses Textes finden Sie unter:

www.proasyl.de/de/home/gemeinsam-gegen-rassismus/fakten-gegen-vorurteile/

Herausgeber:

Förderverein PRO ASYL e.V.

Postfach 160624, 60069 Frankfurt/M.

E-Mail: proasyl@proasyl.de

www.proasyl.de

Amadeu Antonio Stiftung

Liniestraße 139, 10115 Berlin

Tel.: + 49 (0)30 240 886 10

E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

IG Metall Vorstand

FB Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

FB Zielgruppenarbeit und Gleichstellung

Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt/M.

E-Mail: igm-migration@igmetall.de

www.igmetall.de

VORWORT

Die Zunahme der Zahl von Asylsuchenden führt wieder zu öffentlichen Diskussionen. „Die Kommunen sind überfordert“, ist dabei zu hören, „Ich bin auch arbeitslos“ oder „Wir können doch nicht alle aufnehmen“. Dabei ist zunächst festzustellen: Die Frage, wer bei uns Flüchtlingsschutz genießen darf, ist gar nicht verhandelbar. Der Anspruch auf Zuflucht vor politischer Verfolgung hat Verfassungsrang in Deutschland. In Europa gilt die Grundrechtecharta und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Die Genfer Flüchtlingskonvention ist weltweit in 147 Staaten gültig. Auf dieser Grundlage haben Flüchtlinge ein Recht auf eine faire Prüfung ihrer Schutzbedürftigkeit. Den Schutzanspruch von Flüchtlingen kann man weder in Frage stellen noch kontingentieren. Für die Bundesrepublik ist der Schutz von Flüchtlingen eigener Anspruch und Verpflichtung zugleich.

Wenn heute nach Jahren des Rückgangs die Flüchtlingszahlen erneut steigen, ist die Wachsamkeit der Zivilgesellschaft gefragt. Wieder beginnen Unkenntnis, Vorurteile und Ressentiments zu wuchern, Rechtsextreme mobilisieren, Menschen werden attackiert, Flüchtlingswohnheime brennen. Gleichzeitig gibt es heute fast überall, wo es zu flüchtlingsfeindlichen Protesten kommt, auch eine starke Gegenbewegung.

Wache Bürgerinnen und Bürger stellen sich rassistischer Stimmungsmache entschieden entgegen. Wir haben auf den folgenden Seiten Argumente und Fakten für eine sachliche Diskussion zusammengestellt. Im Anschluss gibt es einige Hinweise, wie man sich weiter engagieren kann, um das Recht auf Asyl in Deutschland zu verteidigen.

inhalt

Europa nimmt nur wenige Flüchtlinge auf	6	
Nicht alle können, nicht alle wollen nach Deutschland	8	
Viele Flüchtlinge haben ein Recht auf Asyl	10	
Politiker missbrauchen unser Asylrecht	12	
Wir können die Probleme der Welt lösen	14	
Afrika ist arm und reich	16	
Mehr Wohnungen für Flüchtlinge!	18	
Vorurteile gefährden die Sicherheit und Ordnung in der Nachbarschaft	20	
Eine Willkommenskultur erhält den Wert Ihrer Immobilie	22	
Mehr Steuergeld für Flüchtlinge!	24	
Einwanderung stützt den Sozialstaat	26	
„Überfremdet“ sind wir schon immer	28	
Reichtum gefährdet unseren Wohlstand	30	
Was kann man tun?	32	
Quellen	34	

europa nimmt nur wenige flüch

Die Zahl der Asylsuchenden in Europa steigt. „Wir können doch nicht die ganze Welt aufnehmen“, heißt es nun.



**RICHTIG IST: DAVON SIND WIR
LICHTJAHRE ENTFERNT. NUR
EIN BRUCHTEIL DER FLÜCHTLINGE
KOMMT NACH EUROPA.**

Nach Angaben¹ des UNHCR sind Ende 2014 weltweit 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Davon haben fast zwei Drittel – 38,2 Mio. Menschen – nicht einmal die eigenen Staatsgrenzen überwunden. Die allerwenigsten Flüchtlinge schaffen es nach Europa – weil sie in der Region bleiben wollen und auf baldige Rückkehrchancen hoffen, oder weil sie schlicht keine Möglichkeit haben, hierherzukommen. **86 % der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern.** Eine Flucht hierher ist teuer und gefährlich; zudem droht sie immer zu scheitern, denn legale Wege nach Europa gibt es so gut wie nicht.² Im Laufe des Jahres 2014 wurden fast 14 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Wie viele kamen im gleichen Jahr als Asylsuchende in den europäischen Staaten an? 714.000 Menschen³, das sind umgerechnet gerade einmal fünf Prozent.

tlinge auf

Fast immer sind es die Nachbarstaaten von Krisenländern, die in kurzer Zeit Hunderttausende von Flüchtlingen aufnehmen müssen – wie im Falle Syriens⁴: Über vier Millionen Menschen sind in die Nachbarländer geflohen. Allein in der Türkei leben 1,8 Millionen von ihnen. Im kleinen Libanon stellen syrische Flüchtlinge mit über einer Million Menschen mehr als ein Viertel der Bevölkerung. In Syrien selbst gibt es rund acht Millionen Binnenvertriebene.

Beispiel Afghanistan: Seit über 30 Jahren fliehen Menschen von dort, sie stellen die weltweit zweitgrößte Flüchtlingsgruppe. Aktuell gibt es laut UNHCR rund 2,6 Millionen afghanische Flüchtlinge, von denen 95 % in Pakistan und im Iran leben. Die drittgrößte Flüchtlingsgruppe – rund zwei Millionen Flüchtlinge – kommt aus Somalia: Die Hälfte von ihnen lebt vertrieben innerhalb des Landes, die andere Hälfte vor allem in Nachbarstaaten wie Kenia: Allein im Flüchtlingslager Dadaab leben Hunderttausende Menschen unter prekären Lebensumständen in der Wüste, ohne Chance, jemals von dort wegzukommen.



nicht alle können – nicht alle w

Panikmacher wissen: Die kommen alle nach Deutschland.

RICHTIG IST: NACH DEUTSCHLAND KOMMEN MAL MEHR, MAL WENIGER ASYLSUCHENDE

Zunächst einmal: Die Länder, die aktuell die meisten Flüchtlinge beherbergen, heißen Türkei, Pakistan, Libanon, Iran, Äthiopien. Die Bundesrepublik verzeichnete 2014 rund 170.000 Asylersuchen, im ersten Halbjahr 2015 rund 160.000, Tendenz steigend.⁵ Das ist aber für ein Aufnahmeland wie Deutschland noch kein Grund zur Panik. Viele Jahre lang zuvor – ab 1993 – war die Asylantragszahl gesunken. 2007 markierten 20.000 Asylanträge einen historischen Tiefstand, seither steigt die Zahl wieder. Flüchtlingsbewegungen sind vor allem eine Folge von Krisen und Kriegen. **Mit längerfristigen Schwankungen ist immer zu rechnen.**

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei den Asylsuchen seit 2012 an der Spitze. Sieht man sich allerdings die zehn Jahre zuvor an, stellt man fest, dass ein anderes Land fast durchgängig an erster Stelle stand: **Frankreich. Daneben nahm auch Großbritannien, manchmal sogar Schweden mehr Asylanträge entgegen als Deutschland.**⁶ Setzt man die Zahl der Asylanträge ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, relativiert sich der Eindruck weiter: **2014 lagen Schweden, Ungarn, Österreich, Malta, die Schweiz und Dänemark**

ollen nach deutschland.

in dieser Rangliste vorne. Die Bundesrepublik – jahrelang im europäischen Mittelfeld – lag mit 2,5 Asylanträgen auf 1.000 Einwohner/innen auf Platz sieben. Manche Länder wie Griechenland sind in dieser Liste vermutlich nicht weit genug vorne: Zahlreiche ankommende Schutzsuchende werden dort gar nicht als solche registriert und deshalb nicht mitgezählt.



Keine Frage: Viele Flüchtlinge hätten gute Gründe, hierher zu kommen. Deutschland ist ein großes Land, mit einer gefestigten Demokratie, einer starken Wirtschaft sowie religiösen und politischen Freiheiten. Aber die meisten Flüchtlinge schaffen es erst gar nicht nach Europa (s. vorheriges Kapitel). **In welchem Land Flüchtlinge Schutz beantragen wollen, hängt tatsächlich von mehreren Faktoren ab:** Vor allem davon, ob es irgendwo schon Verwandte oder Communities gibt, aber auch, welche Sprachen ein Flüchtling bereits spricht. **Asyl- und sozialrechtliche Regelungen sind nach Forschungserkenntnissen⁷ nicht generell entscheidend für die Zielwahl.** Schließlich entscheidet ein Flüchtling oft gar nicht selbst, wo er oder sie bleibt: Schlepperwege, Polizeiaufgriffe und europäische Zuständigkeitsregelungen spielen eine Rolle.

viele flüchtlinge haben ein rech

Ahnungslose sind überzeugt: „Die meisten sind nur Wirtschaftsflüchtlinge.“

EIN GROSSTEIL DER ASYLSUCHENDEN ERHÄLT VON DEN BEHÖRDEN EINEN SCHUTZSTATUS.

Niemand setzt sich leichtfertig nachts in ein marodes Boot, wissend, dass der Tod droht. Niemand setzt alles aufs Spiel, lässt alles los – Heimat, Besitz, Angehörige, vielleicht sogar Kinder – nur in der Hoffnung auf den Bezug von Sozialleistungen. Wer Asyl sucht, kämpft oft ums Überleben.

Die größte Gruppe unter den Asylsuchenden in Deutschland sind Flüchtlinge aus dem syrischen Bürgerkrieg – 2014 stellten sie mit 39.000 fast ein Viertel aller Asylanträge.⁸ Rund 13.000 Asylsuchende kamen aus Eritrea, wo eine **brutale Militärdiktatur** herrscht, die Regimekritiker auf unbestimmte Zeit in geheimen Gefängnissen verschwinden lässt. **Krieg, kriegsähnliche Zustände und brutale Gewalt** trieben 2014 auch tausende Menschen aus Afghanistan (9.000 Asylanträge in Deutschland), Somalia (5.500) und Irak (5.300) in die Flucht.

t auf asyl



Wenn das Asylbundesamt (BAMF) die Asylanträge dieser Menschen nicht aus formalen Gründen zurückweist, sondern inhaltlich prüft, sind die Anerkennungschancen hoch: **Insgesamt erhält die Hälfte der Asylsuchenden nach inhaltlicher Prüfung durch das Asylbundesamt einen Schutzstatus**: 2014 waren es 48,5%, im ersten Halbjahr 2015 genau 49,1%. Die bereinigte Schutzquote⁹ lag 2014 für Afghanistan bei 68%, Somalia bei 74%, Irak bei 89%, Eritrea bei 99% und Syrien bei nahezu 100%. Ein Teil der Abgelehnten ist danach noch mit einer Klage vor Gericht erfolgreich.

Zu den Hauptherkunftsländern der Jahre 2014/2015 gehören auch eine Reihe von Balkanstaaten: Serbien (2014 rund 17.200 Asylanträge), Albanien (7.900), Kosovo (6.900), Bosnien und Herzegowina (5.700) sowie Mazedonien (5.600). Die Anerkennungschancen liegen nahe Null, seit das Asylbundesamt Schnellverfahren für die Balkanflüchtlinge durchführt und drei Länder gesetzlich als „sichere Herkunftsstaaten“ eingestuft sind. Kann man nun diese Menschen alle als „Wirtschaftsflüchtlinge“ abwerten? Mitnichten. Die Balkan-Ablehnungspraxis ist politisch verordnet und inhaltlich fragwürdig: siehe folgendes Kapitel.

politiker missbrauchen unser

Politiker behaupten: Flüchtlinge aus Balkan-Staaten haben keine Asylgründe

RICHTIG IST: POPULISTEN MACHEN STIMMUNG GEGEN FLÜCHTLINGE.

Viele Asylsuchende kommen derzeit aus den Balkanstaaten Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Montenegro. In Politik und Öffentlichkeit scheint das Urteil schon gefällt: Bei den Balkanflüchtlingen handele es sich nicht um „echte“ Flüchtlinge, sondern um Personen „ohne Schutzbedarf“. In der Realität ist die Sache so einfach nicht.

Insbesondere Roma sind massiven Bedrohungen ausgesetzt: Die EU-Kommission hat festgestellt, dass **Roma in allen Balkanstaaten einer Rundum-Diskriminierung unterliegen, die sie daran hindert, ein normales Leben zu führen**: Sie erhalten keine Wohnungen und leben deshalb in Slums, oft sogar ohne Strom und Heizung. Sie haben kaum Zugang zu Bildung, zu Arbeit, zu Gesundheitsversorgung. Nach Angaben der serbischen Regierung haben 30 Prozent der Roma in Serbien kein sauberes Trinkwasser, 70 Prozent keinen Zugang zur Kanalisation. Laut UNICEF haben Roma-Kinder eine um ein Drittel **geringere Chance, das erste Lebensjahr zu überstehen** als andere Kinder. Immer wieder werden Roma Opfer **rassistischer Gewalt**.¹⁰



Generell sind die Staaten, die aus dem jugoslawischen Bürgerkrieg hervorgegangen sind, noch heute von massiven Problemen und politischen Spannungen geprägt. Es grassieren Korruption, existenzielle Armut und dramatische Arbeitslosigkeit. In den Kfor-Einsatz „zur Stabilisierung“ des Kosovo schickt Deutschland aktuell rund 700 Soldaten – fast genauso viele wie nach Afghanistan. Auch in Mazedonien weisen die bewaffneten Auseinandersetzungen im Frühjahr 2015 auf die Sicherheitsprobleme im Land hin.

Die individuellen Fluchtgründe von Balkanflüchtlingen können in ihrem Zusammenwirken durchaus zur Asylanerkennung führen. Doch sie werden in Deutschland gar nicht mehr gewissenhaft geprüft. In Schnellverfahren werden die Anträge regelmäßig als „offensichtlich unbegründet“ eingestuft und abgelehnt. Die absehbare Folge dieser Politik – eine Anerkennungsquote nahe Null – wird von einigen Politikern populistisch aufgegriffen und als „massenhafter Missbrauch“ des Asylrechts diffamiert.

Andere Staaten sehen genauer hin: In der Schweiz erhielten 2014 laut Eurostat rund 37% der serbischen und 40% der kosovarischen Antragsteller einen Schutzstatus. Finnland gewährte 43% der Flüchtlinge aus dem Kosovo Schutz. In Frankreich wurden 20% und in Belgien 18% der Schutzsuchenden aus Bosnien und Herzegowina, in Großbritannien 18% der albanischen Asylsuchenden als schutzbedürftig eingestuft.¹¹

wir können die probleme der w

Egoisten sagen: „Unser Asylrecht kann die Probleme der Welt nicht lösen, wir haben genug eigene Probleme.“



RICHTIG IST: WIR SIND MITVERANTWORTLICH FÜR DIE BEDINGUNGEN, DIE MENSCHEN IN DIE FLUCHT TREIBEN.

Selbstverständlich ist die Politik der Industriestaaten nicht allein verantwortlich zu machen für Fehlentwicklungen, Misswirtschaft, Despotie und Bürgerkriege in anderen Staaten. In einer Welt, in der global gehandelt und Politik gemacht wird, sind Zusammenhänge aber nicht zu leugnen.

Über viele Jahre haben die europäischen Regierungen unterdrückerische Regime und Gewaltherrschaften gestützt: Etwa, um sie bei der Flüchtlingsabwehr einzuspannen. Dies betraf etwa die nordafrikanischen Diktatoren Gaddafi in Libyen und Ben Ali in Tunesien, und noch heute macht der Westen diesbezüglich gemeinsame Sache mit Despoten.¹² Die Regime Saddam Husseins im Irak und Assads in Syrien wurden vom Westen ebenso hofiert wie – bis heute – die despotischen Könige Saudi-Arabiens.

elt lösen



Beim Handel sitzen die **Industriestaaten am längeren Hebel** und machen Geschäfte zum eigenen Vorteil: Fischereiabkommen der EU mit afrikanischen Küstenstaaten wie Mauretanien haben dafür gesorgt, dass große EU-Trawler die Fischreserven aus der Tiefsee vor der Küste holten, während die einheimischen Fischer die Lebensgrundlage ihrer Familien verloren.¹³

Den CO²-Ausstoß verursachen maßgeblich die Industrie- und Schwellenstaaten, die **dramatischen Folgen der Klimawandels** – Dürre, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen – treffen vor allem die Bevölkerung in armen Gegenden. Expertinnen und Experten wie der Weltklimarat haben keinen Zweifel daran, dass in Zukunft viele Millionen Menschen infolge von Klimaschäden werden fliehen müssen.¹⁴

Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen, ist eine gute Idee. Wer aber glaubt, wir Europäer und unser Lebensstandard hätten damit nichts zu tun, irrt. Ob wir wollen oder nicht: **Ohne eine konsequentere Menschenrechts- und Umweltpolitik Europas und ohne gerechtere Weltwirtschaftsbedingungen wird die Zahl der Flüchtlinge nicht geringer werden.**

afrika ist arm und reich

Wer an Afrika denkt, hat oft Klischees im Kopf: schwarz, kriegerisch, exotisch, arm.

RICHTIG IST: DER KONTINENT IST RIESEN-GROSS UND VIELSEITIG – UND LÄNGST NICHT ALLE AFRIKANER/INNEN SIND AUF DEM WEG NACH EUROPA.

Oft reden Menschen undifferenziert von „den Flüchtlingen aus Afrika“. Aber Afrika ist kein Land. Afrika ist ein Kontinent. Mit 30,3 Millionen Quadratkilometern. Mit über einer Milliarde Einwohner. Mit über 50 Staaten. Darunter sind zerrüttete Staaten wie Somalia, korrupte Diktaturen wie Äquatorialguinea, aber auch stabile Demokratien wie Botswana.

Wollen nun alle Afrikaner/innen nach Europa? Mitnichten. Tatsächlich kommen vergleichsweise wenige Flüchtlinge hierher: **40.000 Asylsuchende kamen 2014 aus einem afrikanischen Land nach Deutschland – das entspricht etwa 23% der Asylsuchenden.**¹⁵ Europa-weit lag ihr Anteil bei 26%.¹⁶ Allein ein Drittel von ihnen kam aus einem einzigen Land: Der brutalen Diktatur Eritreas.



Die Gesamtzahl der Flüchtlinge in Afrika lag Ende 2014 bei 14 Millionen. Die weitaus meisten bleiben in der Herkunftsregion, allein zehn Millionen als Vertriebene im eigenen Land.¹⁷ Viele leben oft jahrelang in Zeltlagern, unter erbärmlichen Bedingungen und ohne Chance auf eine Weiterreise.

Braucht Afrika nun unsere Hilfe? Armut in Afrika ist nicht eine Folge von Unfähigkeit, sondern vor allem eine Frage von politischer **Macht und Geldflüssen in der globalisierten Welt**. Tatsächlich wächst die Wirtschaft vieler afrikanischer Staaten¹⁸. Viele sind reich: Sie haben Bodenschätze wie Erdöl, Diamanten und Kupfer. Doch die **Profite aus dem Rohstoffhandel landen nicht bei der Bevölkerung**, sondern gehen fast nur an herrschende Eliten und ausländische Unternehmen. Beispiel Landgrabbing (Landraub): Ausländische Konzerne, Regierungen und Spekulanten haben in den letzten Jahren Millionen Hektar Land in afrikanischen Entwicklungsländern billig gepachtet oder gekauft und exportieren die Erträge in die Industriestaaten. Die Menschen vor Ort haben nichts davon, im Gegenteil: Die ansässigen Kleinbauern wurden vertrieben, ohne Chance, selbst neues Land zu erwerben. Die Abhängigkeit der Menschen nimmt zu. Während riesige Mengen Nahrungs- und Futtermittel zum Profit der ausländischen Investoren produziert werden, wächst nebenan der Hunger.¹⁹ Gegen solche Ausbeutungsmechanismen ist manche gut gemeinte „Entwicklungshilfe“ ein hilfloser Selbstbetrug.

mehr wohnungen für flüchtlinge!

Hektisch eröffnete Notunterkünfte suggerieren: Wir haben nicht genug Platz, die neu ankommenden Flüchtlinge unterzubringen.



RICHTIG IST: MIT VERNÜNFTIGER PLANUNG KÖNNTEN WIR VIEL MEHR MENSCHEN AUFNEHMEN.

2015 brauchen mehr Asylsuchende denn je ein Dach über dem Kopf. Dieser Umstand hat in den letzten Jahren vor allem die Kommunen herausgefordert, er hat zu öffentlichen Diskussionen und Kontroversen, sogar zu einzelnen Notstandszenarien geführt. Zur Dramatisierung gibt es allerdings keinen Grund: Deutschland zählt rund 80 Millionen Einwohner und ist ein großes, reiches Land. Die Unterbringung von Flüchtlingen ist keine Platzfrage – sie ist vor allem **eine Frage der Organisation und des guten Willens.**

Kommunale Unterbringungsschwierigkeiten resultieren auch aus der Vergangenheit: Bis 2007 sanken die Flüchtlingszahlen auf



einen historischen Tiefstand, viele Flüchtlingsunterkünfte wurden seither geschlossen und Aufnahmestrukturen abgebaut. Die **Verwaltungen haben zu spät reagiert**, als absehbar wurde, dass wieder mehr Flüchtlinge kommen würden. Zum Problem gehört auch der **Abbau des sozialen Wohnungsbaus**. Viele Kommunen haben ihre Immobilien verkauft und besitzen kaum noch günstigen Wohnraum.

Waren früher „Gemeinschaftsunterkünfte“ die politisch gewünschte Form der Unterbringung zur „Abschreckung“ von Flüchtlingen, so erlauben viele Kommunen Flüchtlingen inzwischen, in normalen Wohnungen zu leben. **In der derzeitigen Situation greifen sie dennoch oft auf ad hoc errichtete Großunterkünfte zurück, obwohl diese teurer sind als normale Wohnungen**, wie der Landesrechnungshof Hessen (rechnungshof-hessen.de) oder die Städte Heidelberg, Berlin, Köln ausgerechnet haben.²⁰ Und da die Investitionskosten hoch sind, müssen die Unterkünfte möglichst lange laufen – so drohen Provisorien mit schlechter Bausubstanz auch noch zum Dauerergernis zu werden.

Gut aufgestellte Kommunen entwickeln dagegen Konzepte, die für Flüchtlinge wie Gesellschaft langfristig akzeptable Lösungen darstellen. Sie suchen kontinuierlich private Vermieter und gewährleisten ein Umzugsmanagement wie beispielsweise die Stadt Bremen. Sie informieren die lokale Bevölkerung über Planungen rechtzeitig und beziehen Anwohner/innen frühzeitig ein. Dort, wo die lokalen Behörden **auf Großunterkünfte und Alar-mismus verzichten**, kann der Prozess gut gelingen.

vorurteile gefährden die sicherh nachbarschaft

**Böse Geister flüstern es uns ein:
Asylsuchende sind kriminell und
gefährlich.**



**RICHTIG IST: FLÜCHTLINGE
SIND SO VERSCHIEDEN WIE
MENSCHEN EBEN SIND.**

Auch wenn es immer wieder behauptet wird: Hinweise darauf, dass Flüchtlinge öfter straffällig würden als andere Menschen, gibt es nicht. Auch nicht, dass Menschen nicht-deutscher Herkunft krimineller sind als die Durchschnittsbevölkerung. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund ist das sogar **wissenschaftlich widerlegt**.²¹ Die Polizei hat in Bremen und Berlin eigens darauf hingewiesen, dass es im Umfeld der örtlichen Asylunterkunft **keine erhöhte Kriminalitätsrate** gibt.²² **Eindeutig kriminell sind dagegen die tätlichen Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte.**

Die Kriminalstatistik der Polizei, die immer wieder als Argument für angeblich höhere Kriminalität „der Ausländer“ herangezogen wird, ist irreführend.²³ Ein wichtiger Grund: Die Polizei-Statistik erfasst Tatverdächtige, nicht Täter/innen. Daraus kann man lediglich

Zeit und Ordnung in der

schließen, dass (vermeintliche) „Ausländer“ häufiger unter Verdacht geraten, polizeilich kontrolliert oder angezeigt werden. Die Ermittlungen zu den NSU-Morden haben das erschreckend deutlich gemacht: Zehn Jahre lang wurden die türkischen oder griechischen Angehörigen der Opfer von der Polizei als mutmaßliche Täter/innen behandelt, während tatsächlich deutsche Rassisten die Täter waren – sie aber blieben von der Polizei lange unbehelligt.

Ein Vergleich der Zahl der verdächtigten Deutschen und Nichtdeutschen macht keinen Sinn: Das Bundeskriminalamt errechnet die entsprechende Quote („Tatverdächtigenbelastungszahl“) für Nichtdeutsche gar nicht erst, weil die Kriminalstatistik auch durchreisende Nichtdeutsche (etwa Touristen) erfasst. Diese Fälle kann man aber nicht der ausländischen Wohnbevölkerung zurechnen. Außerdem werden die Straftaten nicht unterschieden – obwohl Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz von deutschen Staatsangehörigen gar nicht begangen werden können.

Tatsächlich verhindern vor allem Vorurteile, Misstrauen und mangelnde Kommunikation, dass Menschen in ihrem Stadtteil ein Gefühl von Sicherheit und Ordnung haben. Da, „wo jeder jeden kennt“, fühlt man sich wohl. Verunsicherten Nachbarn ist zu raten: **Lernen Sie die Menschen kennen**, die bei uns Schutz und Zuflucht suchen. Sie werden feststellen, dass Ihre Ängste auf Vorverurteilungen beruhen.

eine willkommenskultur erhält

Anwohner klagen: Durch ein Flüchtlingsheim verliert unser Haus an Wert.



**RICHTIG IST: WOHNUNGEN FÜR
FLÜCHTLINGE MACHEN ES ALLEN
SEITEN LEICHTER.**

Vorbehalte gegen die Ansiedlung von Flüchtlingen entstehen meist, wenn eine „Massenunterkunft“ geplant ist, mit allen als unschön empfundenen Begleiterscheinungen: Plötzlich gibt es zahlreiche unbekannte Menschen im Viertel, mangels Garten oder Spielzimmer halten sich insbesondere Kinder viel „auf der Straße“ auf, viele Menschen machen mehr Lärm als wenige, zu klein geplante Müllcontainer laufen über. Solche Erscheinungen haben nichts mit Lebensstil zu tun, sondern sind eine Folge der Gemeinschaftsunterbringung. Massenunterkünfte gehen allerdings vor allem ihren Bewohner/innen auf die Nerven. Räumliche Enge, mangelnde Privatsphäre, fehlende Integrationsangebote, Ablehnung von außen: Vor dem Hintergrund der Flucht und der unsicheren Aufenthaltssituation ist das eine enorme psychische Belastung. **Flüchtlinge sollten in Wohnungen untergebracht werden.** Dann ist auch die Chance größer, dass die Nachbarn keinen Bogen um sie herum machen, ja, vielleicht sogar auf sie zugehen.

den wert ihrer immobilie



Hinter der Ablehnung von Flüchtlingen als Nachbarn steht allerdings auch oft die **(klammheimliche) Annahme, dass die Neuen „nicht hierher passen“**. Im Klartext: Man gesteht diesen weniger Recht auf ein schönes oder gar gehobenes Wohnumfeld zu, als man es selber hat. Das ist Rassismus. Wenn der Staat dem folgen würde, müsste er die als weniger wertvoll angesehenen Gruppen von Menschen von den vermeintlich höherwertigen systematisch fernhalten. In Südafrika des 20. Jahrhunderts hieß dieses Modell Apartheid. Die Folge davon waren extrem schlechtere Chancen der schwarzen Bevölkerung und die Zuspitzung von Konflikten zwischen „Weißen“ und „Schwarzen“. Noch heute wohnen viele wohlhabende Weiße in Südafrika hinter fensterlosen Mauern und Stacheldraht, weil sie sich nur so sicher fühlen.

Wenn wir dagegen in einer Gesellschaft leben wollen, in der wir uns **ohne Angst frei bewegen können und weit gehender sozialer Frieden herrscht**, dann müssen wir in den Wohngebieten, in Kindergärten, Schulen und am Arbeitsplatz Vielfalt fördern und darauf achten, dass Freizügigkeit und die Freiheit, den eigenen Wohnsitz selbst zu bestimmen, für alle gewahrt werden.

mehr steuergeld für flüchtlinge!

Viele Menschen denken: So viele Flüchtlinge aufzunehmen, können wir uns nicht leisten.



RICHTIG IST: MENSCHENRECHTE ZU BEACHTEN KOSTET GELD, UND DAS MÜSSEN WIR UNS LEISTEN. ZUDEM LEISTEN FLÜCHTLINGE VIEL – WENN MAN SIE LÄSST.

Es ist eine Tatsache: Flüchtlinge zu schützen ist eine humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung, die keiner Kosten-Nutzen-Rechnung unterliegen darf. Die **Genfer Flüchtlingskonvention**, die **Europäische Menschenrechtskonvention** und andere Regelungen sind die gemeinsame Antwort vieler Staaten auf die Grausamkeiten von Krieg, Völkermord, Verfolgung. Nachdem Millionen von Menschen vor dem Nationalsozialismus geflohen waren, schrieben die Mütter und Väter des deutschen Grundgesetzes dem Schutz Verfolgter eine zentrale Bedeutung in der Verfassung zu. **Für die Bundesrepublik sind das Asylgrundrecht und auch das Völkerrecht verbindlich – auch dann, wenn es Geld kostet.** Wer das in Frage stellt, stellt unseren Rechtsstaat in Frage.



Im Übrigen ist es kurzfristig und falsch, Flüchtlinge vor allem als finanzielle Belastung zu sehen. Sicher: Manche Gewaltopfer, kranke oder traumatisierte Flüchtlinge sind langfristig auf Unterstützung angewiesen. Ihnen zu helfen, ist ein Gebot der Humanität. Viele andere sind tatkräftig, motiviert und qualifiziert, lernen und arbeiten. Mit ihnen kommen Kinder – über deren Mangel in Deutschland oft geklagt wird – und wachsen in diese Gesellschaft hinein. Irgendwann werden aus Flüchtlingen Steuer- und Rentenzahler/innen.

Die Abschreckungspolitik vergangener Jahre hat die Potenziale von Asylsuchenden absichtlich ignoriert: durch Arbeitsverbote, Unterbringung in abgelegenen Massenunterkünften, fehlenden Deutschunterricht, die Ausgabe von Essenspaketen und andere Maßnahmen. Erst langsam setzt sich die Erkenntnis durch: **Je mehr investiert wird, je früher Flüchtlinge Zugang haben zu Deutschkursen, Berufsausbildung, Qualifizierung und anderen Maßnahmen, desto eher wird die Gesellschaft auch wirtschaftlich gewinnen.**

Einwanderung stützt den Sozialstaat

Böse Zungen behaupten: Immer mehr Zuwandernde gefährden den Sozialstaat.



**RICHTIG IST: OHNE
EINWANDERUNG
SEHEN WIR ALT AUS.**

Von Januar bis Ende November 2014 sind laut Statistischem Bundesamt 1,36 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert. Darunter waren 2014 **rund 170.000 Asylsuchende – das sind annähernd 12 Prozent**. Es ziehen also weitaus mehr Menschen nach Deutschland, die nicht Asyl beantragen: Studierende, Geschäftsleute, Arbeitnehmer/innen, die meisten übrigens aus der EU und katholisch. Selten beachtet: Auch die Zahl der Fortzüge ist erheblich. Zwischen Januar und November 2014 sind 850.000 Menschen aus Deutschland (wieder) ausgewandert. Unter dem Strich gab es ein **Zuwanderungsplus von über 500.000 Menschen**.

Dass Deutschland heute fraglos ein Einwanderungsland ist, wird begrüßt: Wirtschaft und Politik sind sich einig, dass die deutsche Gesellschaft auf Zuwanderung angewiesen ist – um die wirtschaftliche Entwicklung zu befördern, die Renten von alten Menschen und die Versorgung von Kindern abzusichern.

chern.²⁴ Weil angesichts der stark schrumpfenden Bevölkerung auch 500.000 Eingewanderte noch nicht genug sind, fordern Wirtschaft und Industrie regelmäßig mehr Zuwanderung sowie Integrationsförderung.²⁵

Die hetzerische Behauptung von der „Einwanderung in die Sozialkassen“ ist falsch. Die Bertelsmann-Stiftung errechnete 2014, dass Menschen ohne deutschen Pass im Schnitt pro Jahr 3.300 Euro mehr an Steuern zahlen, als sie an staatlichen Leistungen erhalten. Für 2012 brachte das 22 Milliarden Euro Überschuss für den deutschen Staat.²⁶ **Insbesondere profitiert Deutschland vom Zuzug junger, qualifizierter Erwachsener: Ihre Kindheit und Ausbildung haben nämlich andere Staaten bezahlt, hier bringt ihre Arbeitskraft Steuern, Wachstum und sogar neue Jobs.**²⁷ Die deutsche Wirtschaft profitiert so auch von der Krise in verschiedenen EU-Ländern – die negativen Folgen der Abwanderung für Länder wie Spanien, Griechenland, Rumänien und andere liegen auf der Hand.



„überfremdet“ sind wir schon im

Neonazis behaupten: Durch Zuwanderung geht die deutsche Kultur zu Grunde.

**RICHTIG IST: DIE ANGEBLICH „DEUTSCHE“
KULTUR UND BEVÖLKERUNG SPIEGELT
EINE JAHRTAUSENDE LANGE MIGRATIONS-
GESCHICHTE WIDER.**

Migrantinnen und Migranten waren schon immer da – das „reine deutsche Volk“ oder die „deutsche Kultur“ ist schon immer eine Erfindung gewesen. Beginnend mit der Menschheitsgeschichte müsste man sagen: **Eigentlich sind wir alle Afrikaner/innen**, denn menschliche Knochenfunde aus Äthiopien und Kenia weisen darauf hin, dass die Menschen einst von dort ausgehend die anderen Erdteile besiedelten. Seither ist alle Geschichte immer auch eine Geschichte der Migration, besonders in Europa. Die so genannte „Völkerwanderung“ hunderttausender Menschen in der Spätantike war tatsächlich ein gigantischer Prozess der Vermischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft, und das ist in der Geschichte der Normalfall. Migration hat die Gesellschaft nicht nur dauernd verändert, sondern „uns“ auch zu dem gemacht hat, was „wir“ heute sind.



Im 18. und 19. Jahrhundert flohen auch Millionen Deutsche vor religiöser Repression und bitterer Armut nach Russland und vor allem nach Amerika. Die daraus resultierende „Leutenot“ machte Deutschland von hunderttausenden polnischen Wanderarbeitern abhängig. Mit den „Gastarbeiter/innen“ des 20. Jahrhunderts wurde Deutschland wieder zum Einwanderungsland. Politiker/innen, Schauspieler/innen oder Nachrichtensprecher/innen mit familiärem „Migrationshintergrund“ gehören heute zur Normalität, Döner und Pizza sind schon lange Bestandteil der deutschen Kultur. Auch wenn rechte Populisten und gewaltbereite Gruppen versuchen, gegen die Einwanderungsgesellschaft Stimmung zu machen: Die deutsche Bevölkerung war immer schon eine ungeplante Mischung. **Irgendwann werden aus Zugewanderten Einheimische.** Wenn die ehemals „Fremden“ eine Weile da sind, sind sie nicht mehr fremd – nur fällt das dann niemandem mehr auf.

Nur dort, wo lange niemand dazukommt, entsteht der Eindruck, man sei schon immer „unter sich“. Daher ist auch nicht verwunderlich, dass Menschen gerade in solchen Gegenden mehr Angst vor einer vermeintlichen „Überfremdung“ haben, wo statistisch gesehen die wenigsten „Ausländer“ leben.²⁸ Wo Menschen dagegen im Alltag permanent mit Migrantinnen und Migranten in Kontakt kommen, stellt sich dagegen schnell **Gelassenheit und Normalität** ein.

Reichtum gefährdet unseren Wohlstand

**Wer selber wenig hat, denkt vielleicht:
Auch in Deutschland sind viele Menschen
arm. Wenn Flüchtlinge kommen, nehmen
sie „uns“ die Arbeitsplätze weg oder leben
von „unseren“ Steuern.**



**RICHTIG IST: DAS PROBLEM DER
ARMEN IST DIE UNGLEICHE VERTEILUNG
DES WOHLSTANDS.**

Sind Flüchtlinge arbeitslos, klagt man über die Sozialhilfekosten, die man ja irgendwie mitbezahlt. Sind sie es nicht, fürchtet man die Konkurrenz um Arbeitsplätze. Dabei ist die Angst, dass Flüchtlinge der Wohnbevölkerung die Arbeitsplätze wegnehmen, unbegründet: Forscher, die den Zusammenhang von Zuwanderung und lokaler Arbeitslosigkeit untersucht haben, fanden **keine negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkterfolg** von Einheimischen.²⁹ Langfristig profitieren die Einheimischen sogar von der Zuwanderung.³⁰

Auch die Rechnung, dass die Versorgung von Flüchtlingen Arme noch ärmer macht, geht nicht auf: Kämen tatsächlich weniger Flüchtlinge, bekäme ein arbeitsloser Hartz-IV-Empfänger nicht einen Cent mehr, geringe Löhne würden deshalb nicht

hlstand

steigen, und Mittelständler hätten nicht weniger Angst vor dem sozialen Absturz. Dahinter steht nämlich ein anderes, weit größeres Problem: **die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich.** Verdiente das oberste Zehntel der Bevölkerung Mitte der 1980er Jahre noch fünfmal so viel wie das untere Zehntel, betragen die oberen Einkommen heute sogar siebenmal so viel.³¹ Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen weit über 60 Prozent des gesamten Nettovermögens in Deutschland, die untere Hälfte verfügt nur über ein Prozent.³²

Im Grundgesetz heißt es in Artikel 14: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ **Geld ist genug da** – würde es zum Nutzen aller Menschen in Deutschland gerechter verteilt, könnten alle angstfrei und menschenwürdig leben. Über wachsende Ungleichheit kann man sich zu Recht zu beschweren – Flüchtlinge allerdings beeinflussen diese Zustände am allerwenigsten.



gegen unkenntnis, vorurteile und

- **Begegnen Sie Vorurteilen souverän: mit Fakten.** Manchmal reicht eine Wortmeldung in einer Versammlung, um die Stimmung zu drehen.
- **Achten Sie auf die Macht der Worte.** Wenn Politiker die Asylanzugszahlen „alarmierend“ nennen oder Medien von „Flüchtlingsströmen“ sprechen, löst das Ängste aus. Sachlich betrachtet sind viele Begriffe unangemessen, sogar falsch. Machen Sie Medien und andere darauf aufmerksam.
- **Schreiben Sie Leserbriefe und Internet-Kommentare zu Zeitungs-, Radio- und Fernsehbeiträgen.** Besonders im Internet breiten sich ungehindert Dummheiten und Hass aus. Setzen Sie Sachaufklärung und Mitmenschlichkeit dagegen.
- **Zeigen Sie Flagge.** Je früher und je mehr Einzelpersonen und Organisationen sich rassistischer Hetze öffentlich entgegenstellen, desto eher wird eine Hass- und Gewaltspirale unterbrochen.
- **Schmieden Sie Bündnisse.** Sprechen Sie Menschen aus Institutionen an, denen Sie zutrauen, dass sie sich gegen Rassismus stark machen: Aus der Kirchengemeinde, Parteien und Gewerkschaften, dem Kultur- oder Bildungsbereich oder dem Sport. Vernetzen Sie sich mit Flüchtlingsinitiativen im Landesflüchtlingsrat.
- **Neonazis enttarnen:** Die örtlichen Rechtsextremen sollte man kennen: So kann man vermeintliche „besorgte Bürger“ entlar-

rassismus – was kann man tun?

ven, auf gewalttätige Strukturen im Hintergrund von flüchtlingsfeindlichen Protesten hinweisen – und muss ihnen kein Forum bieten.

- **Haben Sie Mut zur Zivilcourage** – ohne sich selbst zu gefährden. Rufen Sie im Notfall die Polizei. Machen Sie rassistische Vorfälle öffentlich, sofern der/die Betroffene einverstanden ist (ggf. anonymisiert). Antidiskriminierungsbüros helfen weiter.
- **Suchen und vermitteln Sie Kontakt.** Begegnungen helfen enorm, Vorurteile und Berührungsängste abzubauen und das Sicherheitsgefühl beider Seiten zu stärken. Organisieren Sie Kennenlernabende, Filmvorführungen, gemeinsame Diskussionen. Oft finden sich dann Menschen, die sich für Flüchtlinge engagieren wollen.
- **Treten Sie für gute Aufnahmebedingungen ein.** Massenunterkünfte, Arbeitsverbote oder Lebensmittelpakete signalisieren: „Die gehören nicht zu uns, die tun nichts und liegen uns auf der Tasche.“ Damit werden Flüchtlinge leicht zur Zielscheibe von Wut und Frustration. Versuchen Sie, die Verantwortlichen zu einer Politik der „Integration von Anfang an“ zu bewegen.
- **Lassen Sie sich beraten.** Wenden Sie sich an die Flüchtlingsräte der Bundesländer <http://gg.gg/fluechtlingsraete> oder an die mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus: <http://gg.gg/beratungsteams>.

Quellen

1. Alle nicht anders gekennzeichneten Zahlen dieses Abschnitts UNHCR: World at War. Global Trends 2014.
2. Nur sehr wenige Flüchtlinge werden über humanitäre Aufnahmeprogramme aufgenommen.
3. UNHCR Asylum Trends 2014. Levels and Trends in Industrialized Countries.
4. UNHCR: <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>, Stand 23.06.2015.
5. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF): Das Bundesamt in Zahlen 2014.
6. Siehe BAMF: „Asyl in Zahlen“ bzw. „Bundesamt in Zahlen“ (2006; 2009; 2014)
7. BAMF, Antonia Scholz (2013): Warum Deutschland? Einflussfaktoren bei der Zielstaatssuche von Asylbewerbern. Forschungsbericht 19
8. Alle nicht anders gekennzeichneten Zahlen dieses Kapitels BAMF: Das Bundesamt in Zahlen 2014.
9. Ebd.; Eigene Berechnung ohne formelle Entscheidungen.
10. Dr. Karin Waringo, PRO ASYL (2013) „Serbien – ein sicherer Herkunftstaat“. Eine Auswertung von Quellen zur Menschenrechtssituation.
11. http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=migr_asydcfsta&lang=en/
12. www.proasyl.de/de/news/detail/news/pakt_mit_despoten_fluchtverhinderung_um_jeden_preis/
13. „Europas Megatrawler auf Beutezug vor Afrika“, Zeit online vom 02.04.2012. Inzwischen gibt es strengere Fischereiregeln für die EU-Trawler, zu den Langzeitfolgen z.B. Monitorbericht vom 30.04.2015.
14. Weltklimarat IPCC (2014): Climate change 2014, Synthesis report, www.ipcc.ch/report/ar5/syr/. Zu Zahlen siehe auch www.iom.int/complex-nexus.
15. BAMF Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistik 01.01.–31.12.2014 (auf Anfrage).
16. UNHCR: Asylum Trends 2014. Levels and trends in industrialized Countries.
17. UNHCR: World at war. Global Trends 2014.
18. BMWi Monatsbericht 3/2015: Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. 4. Neue Märkte in Subsahara Afrika.

19. Infos z.B. unter oxfam.de/informieren/landgrabbing.
20. Lt. Flüchtlingsrat Niedersachsen, <http://www.nds-fluerat.org/9832/aktuelles/initiativen-fordern-nachhaltige-konzepte-fuer-die-aufnahme-und-unterbringung-von-fluechtlingen/>
21. www.migazin.de/2014/08/05/gutachten-erhoehte-auslaenderkriminalitaet-ist-falsch/
22. Laut Medienberichten: taz vom 02.07.2013, fr-online.de vom 11.07.2013 oder berliner-zeitung.de vom 11.07.2013.
23. Bundeszentrale für Politische Bildung (2012): „Ausländerkriminalität“. Statistische Daten und soziale Wirklichkeit, www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76639/auslaenderkriminalitaet?p=all
24. www.zeit.de/politik/deutschland/2015-02/arbeitsmarkt-migration-bedeutung-zukunft
25. Wie z.B. die Deutsche Bank Research am 17.01.2015: „Anhaltender Zuwanderungsboom 2014, aber Politik bleibt gefordert“ unter www.dbresearch.de
26. www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2014/november/sozialstaat-profitiert-von-zuwanderung/
27. Forschungszentrum Generationenverträge (Uni Freiburg) lt. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.11.2010; www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/zuwanderung-inder-sind-billiger-als-kinder-1590105.html
28. Siehe z.B. Online-Ausgabe des Handelsblatts vom 15.08.2012, <http://www.handelsblatt.com/politik/oekonomie/wissenswert/wissenswert-die-besten-waffen-gegen-rechtsradikale/6966248.html>
29. Thomas K. Bauer, Regina Flake und Mathias Sinning (2011): Ruhr Economic Papers #257, Labor Market Effects of Immigration – Evidence from Neighborhood Data.
30. So zum Beispiel Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, IAB-Kurzbericht 26/2010.
31. www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/oecd-studie-kluft-zwischen-arm-und-reich-bremst-deutschland/11092886.html
32. Viertes Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013. Aktuelle Schätzungen in der Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW): www.boeckler.de/52614_52997.htm

Mit Unterstützung von:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V.

Bayerischer Flüchtlingsrat

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Flüchtlingsrat Brandenburg

Flüchtlingsrat Bremen c/o

Zuflucht - Ökumenische Ausländerarbeit e.V.

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Hessischer Flüchtlingsrat

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen e.V.

AK Asyl Rheinland-Pfalz

Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

33149-59324